



**Nazis sind  
Scheisse!**

### **AfD Verbot - Ja oder nein?**

Spätestens nach den letzten Sonntagsumfragen ist sie wieder in den Vordergrund getreten – die Diskussion über ein Verbotverfahren der AfD. Ihr sächsischer Landesverband wurde Anfang Dezember als gesichert rechtsextrem eingestuft. Eine mehrjährige juristische Prüfung habe unzweifelhaft ergeben, dass der Landesverband verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Er gesellt sich damit zu dem thüringischen und sachsenanhaltischen Landesverband. Das ist ein Grund, dieses Thema näher zu beleuchten.

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“ Art. 21 Absatz 2 Grundgesetz. Laut Absatz 4 entscheidet das Bundesverfassungsgericht auf Antrag von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung über Verfassungswidrigkeit sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung von Parteien. In der Geschichte der Bundesrepublik wurden bisher nur zwei Parteien verboten. Es handelte sich dabei um die Sozialistische Reichspartei (1952), eine Partei mit dem Selbstbildnis in der Tradition der NSDAP zu stehen und die Kommunistische Partei Deutschlands (1956).

Gegen die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (2001) wurde ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet, aber wegen verfahrensrechtlicher Fragen – u.a. nach dem Einfluss von V-Männern in der Partei – noch vor einer Entscheidung eingestellt. Ein zweiter NPD-Verbotsantrag wurde 2012 eingereicht und 2017 vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt, da es „an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt“ fehle. In den genannten Verbotverfahren wurde allerdings vom Verfassungsgericht deutlich gemacht, dass eine Partei nicht nur die Bedingungen von Artikel 21 des GGs erfüllen, sondern zusätzlich „eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung“ erkennbar sein muss. Hierbei liegt die Betonung auf „aktiv“, da das bloße Nichtanerkennen unseres Grundgesetzes oder unserer Ordnung nicht als Begründung genügen. Es muss als erwiesen gelten, dass die Partei in ihrer Gesamtheit versucht, planvoll das Funktionieren der aktuellen Ordnung zu beeinträchtigen, um sie im weiteren Verlauf zu beseitigen (BVerfGE 5,85/141). Antidemokratische Äußerungen, verfassungsfeindliche Aussagen oder gar gewalttätige Ausschreitungen einzelner Parteimitglieder reichen dazu nicht aus.

Die Hürden für ein Verbotsverfahren liegen aus nachvollziehbaren Gründen sehr hoch und sollte das letzte Mittel darstellen, verfassungsfeindlichen Parteien Herr zu werden, denn es signalisiert zugleich, dass eine zivilgesellschaftliche und fachliche Auseinandersetzung mit einer Partei gescheitert ist.

Die Frage nach einem Parteiverbot geht also sehr viel tiefer. Wir müssen uns die Frage stellen: erfüllen die dafür zur Diskussion stehende Partei oder andere Parteien, wie die verwirrten „Säxit“-Verfechter, grundsätzlich die Anforderungen für ein Verfahren, sind sie in der Lage ihr Programm durchzusetzen und können wir den Angriff auf unsere Demokratie nicht mehr im zivilgesellschaftlichen Diskurs abwehren – sind die Bürgerinnen und Bürger für keine Argumente mehr empfänglich? Erst wenn wir das bejahen können, darf ein Verbotsverfahren angestoßen werden.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMF) sieht beispielweise die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD erfüllt. Das geht aus ihrer im Juni letzten Jahres vorgestellten 72-seitigen Analyse mit dem Titel „Warum die AfD verboten werden könnte“ hervor. So ist laut der Analyse mittlerweile die rassistische national-völkische Ausrichtung in der Programmatik fest verankert und die Partei missachtet mit ihrer Ausrichtung damit die im Grundgesetz verankerte Garantie der Menschenwürde sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Eine mangelnde Relevanz wie bei der NPD kann man von der AfD nicht behaupten. Auch die Anwendung von Gewalt als Ziel der Partei lässt sich laut Studie belegen: Insbesondere mit in der Partei unwidersprochenen Äußerungen von Höcke, die sich positiv auf den Nationalsozialismus beziehen oder wenn dieser etwa innerparteiliche Gegner „ausschwitzt“ wolle, womit er sich unverhohlen auf das von den Nationalsozialisten betriebene Vernichtungslager bezieht. Er habe damit den Wunsch zum Ausdruck gebracht, „innerparteiliche Widersacher

zu eliminieren“, analysiert die Studie. Weil die extrem rechte Partei ihre verfassungsfeindlichen Ziele planvoll verfolgt, liegen laut der Analyse alle im Artikel 21 vorgesehenen materiell-rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot vor. Dem widersprechen allerdings einige namhafte Verfassungsrechtler. Weil die extrem rechte Partei ihre verfassungsfeindlichen Ziele planvoll verfolgt, liegen laut der Analyse alle im Artikel 21 vorgesehenen materiell-rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot vor. Dem widersprechen allerdings einige namhafte Verfassungsrechtler.

Ob sich ein Verbotsverfahren durchsetzen lässt oder ein Scheitern dieser rechtsextremen Partei zusätzlichen Rückenwind gibt, kann momentan keiner sagen. Später könnte es allerdings zu spät sein. Fest steht, allein in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung werden wir die Entwicklung nicht mehr aufhalten können. Trotzdem müssen Politik und Gesellschaft die Folgen des eventuellen Parteiverbots abfangen – die entbundene Wählerschaft mit ihren radikalisierten Ansichten. Bei einem Bundeshaushalt, in dem Demokratieförderprojekte erbarmungslos gestrichen wurden und die Ampel alles dafür tut, den Unmut in der Bevölkerung zu schüren, ist darin eine kaum zu bewältigende Aufgabe zu sehen. Gerade in unserer Region ist das ein Dilemma, welches ein einfaches und eindeutiges Ja oder Nein zu einem Verbotsverfahren kaum möglich macht.

## Frank Dittrich

Kreisvorsitzender DIE LINKE Erzgebirge





## **Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Punkt!**

Als am 10. Dezember 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, war das ein wichtiger Tag. Autorinnen und Autoren von allen Kontinenten hatten an der Erklärung mitgeschrieben. Keines der 48 damaligen Mitgliedsländer stimmte mit Nein. Es gab einige Enthaltungen. Die Erklärung entstand nicht aus dem Nichts. Sie beruhte auf den Erklärungen der Menschenrechte, wie sie zuerst in der Amerikanischen und der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts im Geist der Aufklärung formuliert worden sind. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO bezog die Frauen ausdrücklich mit ein, verbot jede Form von Sklaverei und verlangte freie und gleiche Wahlen. Aber sie war noch in weiterer Hinsicht ein Fortschritt: Neben den bürgerlichen Rechten führt sie auch soziale Rechte auf, so etwa das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung und das Recht auf bezahlten Urlaub. Wir als LINKE wissen: Ohne soziale Sicherheit bleiben die Bürgerinnenrechte unvollständig. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung nützt einem nichts, wenn man unter der Brücke schlafen muss.

Um die Menschenrechte steht es derzeit nicht gut. Ich spreche nicht nur davon, dass die Menschenrechte in vielen Kriegen auf abscheuliche Weise verletzt werden. Es geht mir auch nicht allein um die traurige Tatsache, dass die Zahl der Demokratien weltweit sinkt und autoritäre Regierungen auf dem Vormarsch sind. Ich spreche davon, dass auch die Idee der Menschenrechte unter Beschuss steht. Da sind erstens die Zyniker, die behaupten, Menschenrechte seien nur eine Illusion. In Wahrheit würden sie in den meisten Ländern missachtet, es regiere die bloße Macht. Es ist wahr, dass die Menschenrechte zunächst nur ein Ideal sind: die Vision einer Welt von gleichberechtigten Menschen, die in Würde, Freiheit und Sicherheit zusammenleben. Einklagen kann man die Menschenrechte nur als Bürgerrechte in Ländern, in denen sie vom Staat garantiert werden. Aber die Zyniker unterschätzen, welche Macht auch Ideen haben, wenn sie einmal in der Welt sind. Die Idee der Menschenrechte hat immer wieder Millionen dazu gebracht, für Gerechtigkeit zu kämpfen. So wie gerade wieder die Frauen im Iran, die für Leben und Freiheit auf die Straße gehen. Wir stehen an ihrer Seite, ganz klar!

Es gibt zweitens Kritiker der Menschenrechte, die behaupten, die Menschenrechte seien nur eine Erfindung des Westens, die für den Rest der Welt keine Gültigkeit habe. Doch kein Mensch auf der Welt möchte geknebelt oder gefoltert, vertrieben oder ermordet werden. Deswegen gelten die Menschenrechte auch universell.

Wogegen wir als LINKE uns wenden, ist der Wahn, man könnte die Demokratie mit Waffengewalt verbreiten. Das ist in Afghanistan, in Libyen und andernorts katastrophal gescheitert. Die Freiheit muss überall von allein wachsen. Wir sollten, wo immer das möglich ist, solche Bewegungen für Menschenrechte mit friedlichen Mitteln unterstützen.

Schließlich gibt es noch die rechtsextremen Verächter der Menschenrechte. Für sie zählen nur die Bürgerinnen und Bürger der eigenen Nation und auch von denen nur diejenigen, die vermeintlich die richtigen Gene und die richtige Gesinnung besitzen. Diese Ideologie ist menschenverachtend und hat u.a. in den 2. Weltkrieg geführt.

Fakt ist aber auch: die Menschenrechte werden an den Außengrenzen der EU derzeit auf ungeheuerliche Weise missachtet. Geflüchtete werden interniert oder mit Gewalt vertrieben und dem sicheren Tod überlassen. Das Recht, einen Asylantrag zu stellen, wird ihnen verwehrt. Die deutsche Bundesregierung lässt das geschehen. Deswegen an die Adresse der SPD und der Grünen: Es reicht nicht, an Gedenktagen – wie Anfang Dezember - wohlklingende Reden über die Bedeutung der Menschenrechte zu halten. Es braucht den Mut, auch in schwierigen Zeiten zu den Menschenrechten zu stehen. Wir als LINKE tun das!

Fakt ist aber auch: die Menschenrechte werden an den Außengrenzen der EU derzeit auf ungeheuerliche Weise missachtet. Geflüchtete werden interniert oder mit Gewalt vertrieben und dem sicheren Tod überlassen. Das Recht, einen Asylantrag zu stellen, wird ihnen verwehrt. Die deutsche Bundesregierung lässt das geschehen. Deswegen an die Adresse der SPD und der Grünen: Es reicht nicht, an Gedenktagen – wie Anfang Dezember - wohlklingende Reden über die Bedeutung der Menschenrechte zu halten. Es braucht den Mut, auch in schwierigen Zeiten zu den Menschenrechten zu stehen. Wir als LINKE tun das!



**Rico Gebhardt**

Kreisvorsitzender  
DIE LINKE Erzgebirge

## **Was ist los im Sozialministerium in Sachsen?**

Der Sächsische Rechnungshof hat einen Sonderbericht vorgelegt wo er die Richtlinie für Integrative Maßnahmen unter die Lupe genommen hat. Es geht um den Zeitraum zwischen 2015 und 2022. Das Sozialministerium räumt auf 25 A4-Seiten Stellungnahme zum Bericht des Rechnungshofes erstens verschiedene Feststellungen des Rechnungshofes ein und legt zweitens auch dar, welche Maßnahmen seitens des Ministeriums ergriffen wurden, um zukünftig Defizite im Förderverfahren zu vermeiden. Auch die Staatsministerin selbst hat Fehler öffentlich eingeräumt, die in ihrem Ministerium passiert sind. Daraus hat sie seit dem Bekanntwerden nie einen Hehl gemacht. Vielmehr wurden relativ zügig Konsequenzen gezogen, indem der Hauptverantwortliche – immerhin ein Staatssekretär - in den Ruhestand versetzt wurde.

In der Pressekonferenz des Rechnungshofes zur Vorstellung des Berichtes Anfang Dezember sagte der Rechnungshofpräsident: „Wir haben kein Dokument gefunden, wo mit grünem Stift von der Ministerin formuliert wird, es solle irgendetwas rechtswidrig ausgezahlt werden“. Somit ist zum jetzigen Zeitpunkt klar, die Ministerin selbst hat nachweislich keinen Einfluss auf Entscheidungen genommen. Die AfD hat – nach dem eine sächsische Tageszeitung über den Entwurf des Berichtes informierte – eine Sondersitzung des Landtages beantragt. Diese fand auch statt. Zu einem Zeitpunkt wo kein Abgeordneter wissen konnte was in dem Bericht steht. Nach der Veröffentlichung hat die AfD dann wiederum eine „Aktuelle Debatte“ im Landtag beantragt. Mit dem Titel: „Was nun, Frau Köpping? Aufarbeitung der Korruptionsaffäre im Sozialministerium!“. Der AfD ging es von Anfang an nicht um Aufarbeitung – sondern um Skandalisierung. Die Fraktion forderte nicht nur in dem Zusammenhang die sofortige Einstellung aller Förderung von Integrativen Maßnahmen für Geflüchtete Menschen. Sie posaunt die wahren Gründe auch selbst in die Öffentlichkeit: Für die AfD ist die Affäre nur eine gute Gelegenheit gegen „linke Vereine“, gegen die „Asylindustrie“ vorzugehen. Also gegen alle, die ihr politisch verhasst sind. Und sie will alle Projekte zur Integration von Geflüchteten zerstören. Auch jene, die erfolgreich und völlig korrekt arbeiten. Um nicht missverstanden zu werden: Die Linksfraktion hat sich schon immer dafür eingesetzt, fehlerhaftes und rechtswidriges Verhalten, egal wo, ob in der Regierung oder in den Verwaltungen schonungslos aufzuklären. Das gilt natürlich auch für diesen Fall. Rechnungshofberichte erfreuen sehr häufig insbesondere die Opposition. Trotzdem habe ich das Gefühl, dass bei dem Bericht des Rechnungshofes nicht alles ganz frei von politischer Einflussnahme oder eigener politischer Einstellung erstellt worden ist.

Die Aussage des Rechnungshofes zur neuen Richtlinie Integrative Maßnahmen, die von der sächsischen Regierung beschlossen wurde, findet sich die Aussage: „Insgesamt ist das Förderkonzept kein für den Fördervollzug verwendbare Grundlage“. Das halte ich für anmaßend. Der Sächsische Rechnungshof sollte zwingend darauf achten, nicht den Eindruck zu erwecken, politische Entscheidungen zu beeinflussen bzw. beeinflussen zu wollen. Ja, es gab beim Verwaltungsvollzug der Integrativen Maßnahmen erhebliche Defizite. Entscheidungen und Verantwortlichkeiten waren intransparent und nicht nachvollziehbar, Dokumentationen und Zeichnungsregelungen fehlten oder waren unzureichend. Richtig ist: Es war 2015/2016 schwierig, auf die Ankunft der Geflüchteten zu reagieren. Die CDU-geführten Staatsregierungen seit 1990 hatten keine Förderpraxis etabliert, mit deren Hilfe schutzsuchende Menschen integriert werden können. Dahinter stand die ignorante Haltung, dass Sachsen kein Einwanderungsland sei und auch keines sein solle. Das war damals falsch und ist es heute erst recht. Bis heute hat Sachsen großen Nachholbedarf dabei, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen ohne Migrationsgeschichte zusammenzuführen. Es ist nachvollziehbar, dass schnell und auch unkonventionell gehandelt werden musste. Diese Praxis hätte aber schnellstmöglich geändert werden müssen, um klare Strukturen, rechtskonforme und transparente Entscheidungen zu gewährleisten. Dies unterblieb, was diejenigen politisch ausschalten, die Stimmung gegen geflüchtete Menschen machen. Die Leidtragenden sind Träger, die sich um Integration bemühen. Die neue Förderrichtlinie gefährdet jetzt deren Finanzierung und legt ihrer Arbeit sinnlose Fesseln an – das ist die bittere Folge der Schludrigkeit im Sozialministerium. Um auf den Titel des Textes zurückzukommen:

Es wurde zu lange „hemdsärmelig“ im Sozialministerium im Zusammenhang mit Fördergeldern im Zusammenhang mit der Richtlinie Integrative Maßnahmen gearbeitet. Damit haben sich „korruptionsgefährdende Strukturen“ im Ministerium entwickelt. Zusammenhang mit der Richtlinie Integrative Maßnahmen gearbeitet. Damit haben sich „korruptionsgefährdende Strukturen“ im Ministerium entwickelt. Der Staatssekretär – der in den Anfangsjahren des Prüfungszeitraums Abteilungsleiter war – hätte an bestimmten Entscheidungen nicht mitwirken dürfen, er musste gehen. Es gibt nun eine neue Förderrichtlinie, die jetzt vor allem die Träger von Maßnahmen an die Kette legt und ihnen die Arbeit erschwert. Die Aufarbeitung ist noch nicht abgeschlossen und wird den Landtag noch weiter beschäftigen.

## **Rico Gebhardt**

Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Sächsischen Landtag

# **Kreistag ERZ**

Am 06.12.2023 fand die vorletzte Kreistagssitzung der 3.Wahlperiode seit Gründung des Erzgebirgskreises im Jahr 2008 statt. Was der neue Landrat zum Kreistag nicht fortsetzte, war der persönliche Rückblick zur Jahreswende sowie die Vorausschau auf die kommende Arbeit. Oft mit nachdenklichen Worten versehen waren die Mitglieder des Kreistages sozusagen entlassen worden. Irgendwie war ich gespannt, wie der neue Landrat vor dem Kreistag agieren würde. Landrat Anton begab sich nicht in die Fußstapfen seines Vorgängers. Dafür kann man, wenn man es will, Landrat Anton recht oft unter Neuigkeiten auf der App des Landkreises sehen. Warum sollten wir Mitglieder des Kreistages auch von ihm eine gesonderte Botschaft erhalten.

Die Feststellung des Jahresabschlusses 2022, welcher durch das Referat Rechnungsprüfung einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk erhielt, ist scheinbar nur eine Formsache, letztlich ist es aber auch ein Dank an die zuständigen Mitarbeiter\*innen, die die Finanzen des Landkreises zusammenhalten.

In der nächsten Zeit werden unterschiedliche Entgeltordnungen und Gebührensatzungen erhöht werden. So auch die der kreiseigenen Einrichtung „Zeiss-Planetarium und Sternwarte Schneeberg“. Im Wettbewerb (um nicht Konkurrenz zu schreiben) mit Drebach und Rodewisch galt es eine veränderte Entgeltordnung nach Anschaffung neuer Technik und Sanierungsarbeiten zu finden. Auf jeden Fall lohnt sich ein Besuch: für Familien, Schulklassen usw. Der Tagesordnungspunkt 4 hat bestimmt über die Feiertage in mancher Familie für Gesprächsstoff gesorgt. Mit einem Beschluss wurde der Name des Bergbaumuseums in Oelsnitz/Erzgeb. verändert in „Kohlewelt-Museum Steinkohlenbergbau Sachsen“ (verkürzt Kohlewelt) und die ab Neueröffnung geltende Entgeltordnung. Wir als Linke wollten, dass die Steinkohle als prägender Name zumindest voran steht. Wir scheiterten mit unserem Antrag sehr deutlich. Folgende Gedanken hatten wir zur Antragsbegründung angeführt: Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, seit 1990 begleite ich als Kreisrätin wohlwollend die Entwicklung des Bergbaumuseums. Der Name Bergbaumuseum ist geläufig und wird in der Region mit Oelsnitz in Verbindung gebracht. Warum also ein gänzlich neuer Name? Wir streiten nicht ab, dass derartige Überlegungen legitim sind und der gegenwärtige Zeitpunkt auch sinnvoll ist. Aber was bringt der neue Name zum Ausdruck:

1. es geht um Kohle, erst im zweiten Schritt um Steinkohle
2. der Begriff Kohlewelt ist auch in der Satzung der bestimmende Begriff
3. das Einzigartige des Oelsnitzer Museums ist somit zurückgesetzt
4. Steinkohle Museum wäre bestimmt eindeutiger

Die Steinkohlefunde und deren Abbau haben die Entwicklung der Region zwischen Chemnitz und Zwickau geprägt. Eben nicht Handels- oder Verwaltungsstandort sondern Wirtschaftsstandort zu sein.

Chemnitz wurde nicht ohne Grund Rußchams genannt. Wir beantragen, dass der neue Name so umgestaltet wird, dass am Beginn der Begriff Museum Steinkohlewelt steht. (Vorgetragen von: Dr. Barbara Drechsel, Kreistagsfraktion Die Linke. Kreistag Erzgebirgskreis.) Es kann aber sein, dass es im Sprachgebrauch weiter des Bergbaumuseum bleiben wird.

Weitere Punkte in der nächsten Kreiszeitung.

## Dr. Barbara Drechsel

Mitglied der Kreistagsfraktion

# Landesverband

## Kretschmers Frontalangriff auf die Arbeitnehmerrechte ist ein Skandal

In einem Beitrag in den sozialen Medien bezeichnet der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer das Arbeitszeitgesetz als „Hemmnis“, dass es nicht braucht. Hierzu äußern sich die Vorsitzenden von Die Linke Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann: „Dass ein sächsischer Ministerpräsident im Jahr 2023 Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte so offen infrage stellt, wie Michael Kretschmer es tut, ist ein Skandal. Offenkundig ist der Ministerpräsident im 19. Jahrhundert hängen geblieben. Das Arbeitszeitgesetz ist eine Errungenschaft jahrhundertelanger Kämpfe gewerkschaftlicher und sozialistischer Bewegungen.“

„Dass ein sächsischer Ministerpräsident im Jahr 2023 Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte so offen infrage stellt, wie Michael Kretschmer es tut, ist ein Skandal. Offenkundig ist der Ministerpräsident im 19. Jahrhundert hängen geblieben. Das Arbeitszeitgesetz ist eine Errungenschaft jahrhundertelanger Kämpfe gewerkschaftlicher und sozialistischer Bewegungen. Wir sollten stolz darauf sein, dass Deutschland zu den Ländern auf der Welt gehört, in denen Arbeitnehmer\*innen-Rechte vergleichsweise gut geschützt sind (1).“

Wir fragen uns wirklich, wie Michael Kretschmer sich das vorstellt: Sind schlechtere Arbeitsbedingungen wirklich ein gutes Konzept zur Bekämpfung des Fachkräftemangels? Wir glauben kaum. Wenn Arbeitnehmer\*innen in Sachsen fürchten müssen, dass die Landesregierung aktiv gegen ihre Rechte vorgeht, ist das ein gravierender Standortnachteil.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen sollten als Koalitionspartner auf eine deutliche Klarstellung des Ministerpräsidenten drängen. Wir fordern ihn auf, von dieser Aussage Abstand zu nehmen und klarzustellen, dass er zu den Arbeitnehmer\*innen-Rechten steht!“

**Aus einer Pressemitteilung vom 13.12.2023**



## Susanne Schaper, Stefan Hartmann, Rico Gebhardt zum Protest ab dem 8. Januar: Die Ampel muss Gerechtigkeit schaffen – nicht diejenigen belasten, die am meisten leiden

Die Vorsitzenden von Die Linke Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann, sowie der Vorsitzende der Linksfraktion, Rico Gebhardt, erklären zu den für den kommenden Montag geplanten Protesten der Landwirtschaft, des Handwerks und weiterer Akteure:

„Wir haben großes Verständnis dafür, dass viele Menschen aufbegehren – der Bundeshaushalt wird den Herausforderungen nicht gerecht, in der Landwirtschaft und auch in vielen anderen Bereichen. Die Landwirtinnen und Landwirte stehen seit Jahrzehnten unter wachsendem Druck. Zu den größten Problemen gehören der immer schwerer werdende Zugang zu Boden, die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels, billige Importe aus dem Ausland und fehlende Planungssicherheit. Pläne, die Agrardieselsubventionierung und die Kfz-Steuerbefreiung zu streichen, waren nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Diese Schritte wären zum jetzigen Zeitpunkt falsch und könnten die Lebensmittelpreise weiter hochtreiben, was vor allem für die Armen katastrophal wäre. Die Ampel sollte die Proteste ernst nehmen und für mehr Gerechtigkeit sorgen! Es ist eine Frage der Ernährungssicherheit, die Landwirtschaft zu erhalten. Wir fordern, die Spekulation mit Lebensmitteln zu beenden und eine Übergewinnsteuer für die großen Konzerne einzuführen. Zu den zehn reichsten Deutschen gehören die Eigentümer von ALDI und Lidl – sie besitzen zweistellige Milliardenvermögen.“

Anstatt kleinen Landwirtschaftsbetrieben das Leben noch schwerer zu machen, sollte sich der Staat Geld von denjenigen holen, die sich an der Arbeit der Landwirte bereichern. Wenn es um den Abbau klimaschädlicher Subventionen geht, dann soll die Regierung das Dienstwagenprivileg streichen. Wenn sie es ernst meint mit dem Umweltschutz, dann soll sie Kerosin für Privatjets besteuern. Mit gesetzlichen Regelungen muss es Agrarbetrieben ermöglicht werden, Land zu kaufen – es soll nicht an spekulierende Konzerne gehen! Die sozial-ökologische Transformation ist unmöglich, wenn es keine Bäuerinnen und Bauern mehr in Deutschland gibt. Wenn Ausgaben gesenkt werden sollen, dann nicht beim Mittelstand, nicht bei prekär Beschäftigten, nicht bei Arbeitslosen und Geflüchteten, kurz: nicht bei den Opfern des kapitalistischen Systems, sondern bei denen, die davon am meisten profitieren. Wir rufen die Protestierenden auf: Wirken Sie konstruktiv mit, damit sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so ändern, dass Sie von ihrer Arbeit leben können und gleichzeitig die Lebens- und Produktionsgrundlagen erhalten bleiben. Demonstrieren Sie friedlich und setzen Sie sich weiter gegen Trittbrettfahrer von der extremen Rechten zur Wehr.“

**Pressemitteilung vom 05.01.2024**





## **06. Dezember 2023: mit Susanne Schaper unterwegs in Glauchau**

Heute war ich in Glauchau unterwegs und habe pünktlich zum Nikolaustag einigen sozialen Einrichtungen in der Stadt Geschenke überreicht. Als Abgeordnete der Linksfraktion im sächsischen Landtag wollen wir die Weihnachtszeit nutzen, soziale Einrichtungen in ganz Sachsen zu besuchen, ihnen zuzuhören, uns mit ihnen auszutauschen und natürlich einfach mal um „DANKE.“ zu sagen.

Als Erstes habe ich die Städtische Altenheim gGmbH Glauchau besucht. Vor Ort bin ich mit den Mitarbeiter\*innen und Pflegenden der Einrichtung in Kontakt gekommen. Solche Termine sind mir, als Mensch der selbst aus diesem Berufsfeld kommt, unglaublich wichtig.

Meine zweite Station war die Tafel in Glauchau. Der Einsatz der Ehrenamtlichen dort hat mich wirklich begeistert. Die Solidarität, die hier mit den finanziell schwächsten unserer Gesellschaft geübt wird, ist vorbildlich und verdient größte Anerkennung.

Die vorerst letzte Station die ich besuchen durfte war die Bike Box des CVJM Glauchau. Der Verein bietet Kindern und Jugendlichen eine ganze Menge attraktiver Angebote zur Freizeitgestaltung an, darunter auch die eben erwähnte die Bike Box – eine gemeinschaftliche Fahrradwerkstatt. Ein tolles Projekt das auch weiterhin jegliche Unterstützung verdient!

## Wahljahr 2024 die Kippunkte der Demokratie sehen - jetzt entschlossen handeln!

Angesichts der im Jahr 2024 bevorstehenden Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern, sowie der Europawahl warnt die sächsische Bundestagsabgeordnete Clara Bünger vor einer weiteren Verschärfung der Tonlage im Wahlkampf:

„Die Demokratie steht unter massivem Druck radikal rechter Kräfte. Es ist ein schwerer Fehler zu glauben, die kürzlich beschlossenen, massiven Verschärfungen im Asyl- und Migrationsrecht führen zu einer Beruhigung der Diskussion. Stattdessen ist zu befürchten, dass die Forderungen immer radikaler werden, je näher die Wahltermine rücken. Ich warne daher ausdrücklich alle demokratischen Akteure davor, die Stimmung mit populistischen Falschbehauptungen über Migration und absurden Abschiebefantasien weiter anzuhetzen und damit den antidemokratischen Kräften weiter in die Hände zu spielen.“

Wichtig sei es hingegen, 2024 eine breite gesellschaftliche Debatte über die Verteilung von Ressourcen und Gerechtigkeit in Deutschland zu führen: „Im Mittelpunkt der Wahlkämpfe muss eine sozial gerechte Verteilung der vorhandenen finanziellen Mittel in Deutschland, eine Perspektive für Menschen, die in Ostdeutschland leben, sich hier für Demokratie engagieren und Angst vor rechter Politik haben, sowie die Stärkung politischer Grundrechte insgesamt stehen, so Bünger. „Nur wenn wir es schaffen, das Land sozial und politisch gerecht für alle zu gestalten, kann der extremen Rechten etwas Substantielles entgegengesetzt werden“, so Bünger weiter.

## Keine Reform wäre besser gewesen als diese GEAS-Reform!

„Grenzverfahren unter Haftbedingungen, Deals mit Autokraten, Investitionen in Abschottung statt echter Verantwortungsteilung: Die in Brüssel beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist der massivste Angriff auf das individuelle Recht auf Asyl, den es in der EU je gegeben hat. Diese Beschlüsse werden kein einziges Problem lösen, aber das Leid, die Entrechtung und das massenhafte Sterben von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen verschärfen. Keine Reform wäre besser gewesen als diese Reform“, erklärt die Linken-Abgeordnete Clara Bünger zum Abschluss der Verhandlungen über die GEAS-Reform in Brüssel. Bünger weiter:

„Wenn Bundesinnenministerin Nancy Faeser behauptet, die Einigung könne dazu beitragen, humanitäre Standards zu schützen, ist das eine dreiste Verdrehung der Tatsachen. Die GEAS-Reform zielt im Gegenteil darauf ab, humanitäre Standards zu senken und die Rechte von Asylsuchenden auszuhöhlen. Sie ist Ausdruck des gesellschaftlichen Rechtsrucks, den die Bundesregierung mit ihrer asylfeindlichen Rhetorik und Politik weiter befeuert. Auch die Grünen sind längst eingeknickt und werden künftig mit der Schuld leben müssen, das Recht auf Asyl in der EU faktisch abgeschafft zu haben.“

Die Linke wird auch in Zukunft an der Seite von Geflüchteten für deren Rechte kämpfen und sichtbar machen, dass es zu dem nun beschlossenen Katalog der Entrechtung Alternativen gibt: Eine echte Verantwortungsteilung zwischen den EU-Staaten und ein Asylsystem, das die Menschenrechte und Bedarfe der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellt.“

## Zum Beitrag von Clara Bünger in der letzten Ausgabe „Sozialistisches Infoblatt“

### zum Thema, „Schluss mit den Angriffen auf das Asylrecht“

Ich stehe voll und ganz hinter der Meinung von Clara und möchte ihre Ausführung noch auf die kommunale Ebene beziehen. Im November habe ich dem Stadtrat von Stollberg einen Brief geschrieben und mich beschwert, dass der Oberbürgermeister Herr Schmidt den Stadtanzeiger benutzt, um rechtsextremistisches Gedankengut im Zusammenhang mit der Asylpolitik zu verbreiten. Den Stadtanzeiger von Stollberg findet ihr im Internet, meinen Brief dazu lege ich bei. Ich hatte am 11.12.23 die Möglichkeit in der Bürgerfragestunde meinen Standpunkt darzustellen. Entgegen meiner Befürchtung habe ich in der Diskussion überwiegend Zustimmung erfahren. Die AfD Fraktion war die Einzige, die sich mit dem kurzen Statement, „wir sind der gleichen Meinung wie der Oberbürgermeister“, zu Wort gemeldet hat. Wenn der Staatsschutz die AfD rechtsextremistisch bewertet, der OB von denen die volle Zustimmung erfährt, müssten bei ihm alle Alarmglocken läuten. Deshalb 3 meiner Kernaussagen zu seinem Beitrag im Stadtanzeiger:

- die Überfremdung - dies ist ein Schlagwort, welches von Rassisten und
- nationalistischen Kreisen verwendet wird,
- die Einführung des Kalifats durch tausende Geflüchtete
- es ist ein verzerrtes
- Bild. Viele flüchten aus den Fängen religiöser Fanatiker (Krieg Not, Verfolgung),
- wir können nicht 8 Milliarden Menschen einladen - diese Aussage ist absurd.
- Sie verunsichert die Menschen und schürt Ängste, die bei nicht wenigen Hass entwickelt. Der OB hat sich zwar dagegen verwahrt, rechtsextremistisch zu sein, seine Aussagen jedoch hat er nur mit den Worten verteidigt, „ man wird das doch mal sagen dürfen ohne gleich wie zu DDR Zeiten ins Gefängnis gesperrt zu werden“.

seine Aussagen jedoch hat er nur mit den Worten verteidigt, „ man wird das doch mal sagen dürfen ohne gleich wie zu DDR Zeiten ins Gefängnis gesperrt zu werden“. Ein Redakteur der Freien Presse hat Kontakt zu mir aufgenommen und weitere Recherchen zugesichert, um zu prüfen, in wie weit der Oberbürgermeister den Stadtanzeiger nutzen darf, seine Propaganda Monat für Monat zu verbreiten. Ich bin auf das Ergebnis gespannt, vielleicht kann der Kampf gegen Rechts auch mal erfolgreich sein.

Wolfgang Herrmann

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge  
V.i.S.d.P. C. Roffalski  
Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 pro Jahr  
Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge  
IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56  
Sitz des Kreisvorstandes  
Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema  
Internet: [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de)  
Beiträge und Meinungen an [redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de](mailto:redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de)  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser\*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 23.01.2024



**Zum Tod des früheren Linken Landtags-  
abgeordneten Klaus Tischendorf erklärt  
der Vorsitzende der Linksfraktion Sach-  
sen und Kreisvorsitzende der LINKEN im  
Erzgebirge Rico Gebhardt:**

„Es ist eine entsetzliche Nachricht, dass Klaus Tischendorf völlig unerwartet und mit nur 61 Jahren gestorben ist. Wir trauern und fühlen mit seiner Familie, der wir viel Kraft in dieser schwierigen Zeit wünschen.

Der gelernte Baufacharbeiter und spätere Jugendamtsmitarbeiter Klaus Tischendorf gehörte dem Landtag von 1999 bis 2019 an und engagierte sich vor allem in der Finanz-, Gewerkschafts- und Tourismuspolitik. Von 2002 bis 2009 war er stellv. Fraktionsvorsitzende und steuerte von 2007 bis 2014 als Parlamentarischer Geschäftsführer die Geschicke der Linksfraktion im Sächsischen Landtag. Er war zudem an der Aufklärung der SachsenLB-Affäre beteiligt. Von 2014 bis 2019 saß Klaus Tischendorf dem Haushalts- und Finanzausschuss vor. Seine freundliche, lockere und uneitle Art machte ihn über die Fraktionsgrenzen hinweg zu einem geachteten und beliebten Kollegen. Nicht nur als Teil des FC Landtag hat er sich für einen kollegialen Umgang im politischen Wettstreit eingesetzt.

Klaus Tischendorf war ein echter toller Typ. Erzgebirgler durch und durch. Eine ehrliche Persönlichkeit, die einem zeigen konnte, wenn ihm was nicht passte, aber immer an der Sache blieb.

Ich habe gern mit ihm zusammengearbeitet.

Außerparlamentarisch hat sich Klaus Tischendorf ebenfalls verdient gemacht. Von 1995 bis 1999 war er Vizechef der sächsischen PDS und von 2011 bis 2017 Vorsitzender des Kreisverbands Erzgebirge. Von 2017 bis 2021 führte er den Kreisverband des DGB im Erzgebirge und blieb bis zuletzt gewerkschaftlich aktiv. Seit 2022 war er Vorsitzender des ver.di-Bezirksvorstands Sachsen West-Ost-Süd. Auch in der Kommunalpolitik hat Klaus Tischendorf lange mitgemischt – von 1991 bis 1994 im Kreistag Stollberg, seit 1994 als Fraktionschef im Stadtrat Lugau und von 2004 bis 2009 als Erster stellvertretender Bürgermeister der Stadt Lugau.

Sein Tod ist ein großer Verlust. Es macht mich traurig eine langjährigen politischen Weggefährten zu verlieren. Wir werden sein Andenken bewahren.